

BRASILIEN HERAUSGEFORDERT: NEUE GEOPOLITISCHE ORDNUNG UND DIE ROLLE BRASILIENS

EINLEITUNG

Luiz Ramalho, Vorsitzender des LAF Berlin e.V.

Die brasilianische Außenpolitik befindet sich in einer neuen Phase. Nach Jahren internationaler Zurückhaltung und Isolation unter der Regierung von Jair Bolsonaro versucht das Land, sich mit der Rückkehr von Luiz Inácio Lula da Silva ins Präsidentenamt wieder aktiv auf der globalen Bühne zu positionieren.

Drei internationale Ereignisse markieren diesen diplomatischen Neuanfang auf besonders symbolische Weise:

- der brasilianische Vorsitz der G20 im Jahr 2024
- die Präsidentschaft der BRICS-Staaten im Jahr 2025
- die Ausrichtung der COP30 in Belém im Amazonasgebiet am Ende desselben Jahres

Diese internationalen Foren bieten der brasilianischen Diplomatie neue Chancen – machen jedoch auch eine Reihe offener Fragen deutlich: Wie wird sich Brasilien zwischen den geopolitischen Polen der Vereinigten Staaten und Chinas positionieren, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Rückkehr von Donald Trump? Welche Rolle kann das Land als Vermittler in globalen Konflikten spielen – etwa in der Ukraine oder im Nahen Osten spielen? Und inwiefern beeinflussen innere Spannungen – wie der juristische Aufarbeitungsprozess des Bolsonarismus – die außenpolitische Handlungsfähigkeit Brasiliens?

Zwei aktuelle diplomatische Situationen illustrieren die Ambivalenzen dieser Außenpolitik:

1. Der Handschlag zwischen Lula und Wladimir Putin, der mitten in Friedensappellen westlicher Staaten gegenüber Kiew stattfand
2. Lulas Treffen mit Xi Jinping im Rahmen des China-CELAC-Dialogs am 13. Mai – ein deutliches Signal für die Priorisierung der Süd-Süd-Kooperation durch Brasilien

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Welche Rolle will Brasilien in der neuen globalen Ordnung einnehmen – und welche Widersprüche begleiten dieses neue Selbstverständnis?

Diese Fragen bildeten den Ausgangspunkt für die hier dokumentierte Debatte, moderiert von Luiz Ramalho.

BEITRAG VON ANDREAS BEHN

Journalist und Soziologe, lebt seit fast 20 Jahren in Brasilien. Derzeit ist er Direktor des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo. Andreas verfolgt sowohl die regionale Politik Lateinamerikas als auch die internationalen Debatten zur Klimagerechtigkeit aufmerksam.

Andreas, wie sehen Sie die Widersprüche und Potenziale der aktuellen brasilianischen Regierung in diesem sich verändernden globalen Kontext? Wir würden auch gerne Ihre Einschätzung hören zu:

- Welche Art von internationalem Einfluss will Brasilien mit seinem Engagement in der G20, bei den BRICS und auf der COP30 ausüben? Ist dieser Anspruch realistisch für eine Mittelmacht?
- Welche Risiken und Chancen birgt eine stärkere Annäherung zwischen Brasilien und der EU bzw. Deutschland – besonders im Kontext einer möglichen Rückkehr Trumps?
- Und schließlich: Überschätzt Brasilien seine Rolle in der Welt – oder fehlt es der internationalen Bühne gerade an solch einem Vermittler zwischen den Polen der Hard-Power?

Als Einleitung möchte ich zunächst sagen, dass die Außenpolitik Brasiliens – wie in den meisten Ländern – nicht der wichtigste Politikbereich ist. Die innenpolitische Lage in Brasilien ist kompliziert, und ich möchte hinzufügen, dass sich die Regierung Lula in einer schwierigen Situation befindet, weil sie weder im Kongress noch im Senat oder im Parlament über eine Mehrheit verfügt. Das erschwert die Regierungsarbeit im Vergleich zu den ersten Amtszeiten von 2002 bis 2010 erheblich. Lula hat heute nicht mehr so viel Macht. Manchmal wirkt er fast wie ein Präsident ohne die Möglichkeit, seine Politik wirklich umzusetzen. Und das ist ein großes innenpolitisches Problem.

Zweitens zeigt sich in der Wirtschaftspolitik eine ziemlich gute, stabile Entwicklung: Arbeitslosigkeit, Inflation und Wachstum – all diese Indikatoren sind relativ stabil. Diese Erfolge werden jedoch in Brasilien selbst und in den Medien nicht angemessen wahrgenommen. Sichtbarer ist beispielsweise die in vielen Ländern existierende Lebensmittelinflation. Und das ist einer der Gründe, warum die Popularität von Präsident Lula sinkt oder sich zumindest in einer schwierigeren Lage befindet als in früheren Zeiten.

Ich erwähne diese beiden Themen, weil die Außenpolitik, über die wir hier bei dieser Veranstaltung sprechen, oft erst nach diesen beiden innenpolitischen Feldern kommt. Die Außenpolitik hat intern nicht dieselbe Bedeutung und steht deshalb nicht so sehr im Fokus der Regierungen. Andererseits hatten sowohl die Arbeiterpartei (PT) als auch Lula persönlich und seine Berater:innen schon immer ein großes Interesse an einer eigenständigen Außenpolitik. Und daran, die Rolle einer bedeutenden Regionalmacht zu behaupten und eine angemessene Repräsentation in einer Welt zu erreichen, in der der Globale Süden lange untergeordnet war und die Macht stets von den Ländern des Nordens bzw. des Westens ausging.

In diesem Sinne verfolgen wir eine sehr spezifische und klar definierte Außenpolitik unter der Regierung Lula. Ich möchte hier nur zwei Punkte hervorheben: Ein sehr wichtiger Aspekt der brasilianischen geopolitischen Strategie ist das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Das ist ein Standpunkt, den viele Länder des Globalen Südens als Folge kolonialer und postkolonialer Politik teilen.

Ein weiterer Punkt, der eng damit verbunden ist, ist das Prinzip des Multilateralismus. Die brasilianische Regierung besteht darauf – und fordert das auch von anderen Staaten – geopolitische Fragen im Rahmen der Vereinten Nationen zu behandeln, einer Institution, die Brasilien zwar reformieren möchte, aber auch in ihrer aktuellen Form als zentrales Forum

anerkennt. In weniger politischen, weniger formellen Worten: Immer geht es um das Prinzip des Dialogs anstelle von Gewalt und Krieg.

Das zeigt sich auch in den Momenten von Konflikten, wenn Brasilien versucht, auf internationaler Ebene Einfluss zu nehmen – wie im Fall der Ukraine oder auch in der Israel-Palästina-Frage. Es ist ein Prinzip, das Brasilien konsequent in der internationalen Agenda verteidigt.

Andere Themen, die mit der internationalen Politik verbunden sind – wie Klimapolitik, internationale Finanzen, internationaler Handel und Sozialpolitik – sind Themen, die die brasilianische Regierung unter Lula nicht nur ständig auf die nationale Agenda setzt, sondern auch auf die internationale.

Wenn man die Ereignisse betrachtet, bei denen Brasilien im vergangenen Jahr den Vorsitz der G20 innehatte, die BRICS, deren Gipfeltreffen im Juli dieses Jahres in Rio de Janeiro stattfinden wird, sowie die COP30, bei der Brasilien Gastgeber sein wird, war es sehr interessant zu sehen, dass Punkte wie mehr Steuern für Superreiche, der Kampf gegen soziale Ungleichheiten und eine aktive Klimapolitik in die Abschlusserklärung aufgenommen wurden – und dass sich diese Abschlusserklärung damit deutlich von den sonst üblichen, protokollarischen Erklärungen unterschied. Man konnte klar erkennen, dass dies von Brasilien und den Prinzipien, für die Brasilien und die Regierung Lula steht, formuliert und vorangetrieben wurde. Es ist sehr wichtig zu wissen, dass vieles davon letztlich symbolisch sein kann, weil das, was in einer Erklärung steht, nicht automatisch zur politischen Agenda wird. Aber es ist zumindest ein wichtiger Schritt.

Was die BRICS betrifft, so sind diese Länder auf weltweiter Ebene noch weniger etabliert als die G20. Aber auch hier bringt die Regierung Lula für die Agenda 2025 Themen ein – wie die Süd-Süd-Kooperation und die globale Governance, was auch stark mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft oder anderer Sektoren an hochrangigen Entscheidungsprozessen zusammenhängt.

Wir sehen, dass Brasilien Themen aufgreift, die normalerweise nicht im Zentrum dieser hochrangigen internationalen Debatten stehen.

Zur COP möchte ich nicht viel sagen – die COP30, die wir im November in Belém haben werden –, weil die globale Klimadebatte derzeit sehr schwierig ist. Viele Länder, sagen wir, „verlassen das Boot“, weil sie den Klimafragen keine Bedeutung mehr beimessen. Auch in diesem Bereich hat Lula eine klare Position: Er verteidigt das Pariser Abkommen und setzt sich dafür ein, dass es keine weiteren Rückschritte gibt.

Doch in diesem Punkt hat Lula auch eine Widersprüchlichkeit, denn er persönlich befürwortet auch die Ölförderung – ausgerechnet im Amazonasgebiet –, was seiner Glaubwürdigkeit schadet. Und diese Position kommt aus der Innenpolitik, der innenwirtschaftlichen Politik, und zeigt erneut, dass Lula nicht nur Außenpolitik betreibt, sondern auf nationaler Ebene sehen muss, wo die Interessen – oder sagen wir: die vermeintlichen wirtschaftlichen Interessen – des Landes liegen.

Kurz zusammengefasst: Für mich hat Brasilien in seiner Außenpolitik einerseits große Erfolge. Es spricht klar, argumentiert transparent, was es will, und erhält viel Anerkennung – insbesondere aus Ländern des Südens, aber auch aus Ländern des Nordens. Andererseits ist die brasilianische Politik stark auf die sogenannte Soft Power konzentriert – im Sinne von Nicht-Konfrontation und Dialog. Und diese Politik ist immer davon abhängig, dass andere Kräfte, andere Länder diese Position akzeptieren, denn isoliert kann man mit Soft Power nichts durchsetzen – es sieht nur gut aus, bringt aber keinen Fortschritt.

Ein konkretes Beispiel: Als Lula beim G20-Gipfel über Steuern für Superreiche sprach, war Deutschland dagegen. Unser ehemaliger Finanzminister Lindner sagte sofort: „Nein, wir wollen keine weiteren Steuern für Reiche.“ Brasilien vertrat eine Position, die für die ganze Welt sinnvoll ist. Und Deutschland stellte sich dem mit einer Haltung entgegen, die nur die eigenen Interessen verteidigte. Das heißt: Die Soft Power Brasiliens konnte in diesem Fall nicht vorankommen, weil es nicht einmal die Unterstützung Europas gab.

Zurzeit erleben wir zwei Prozesse, die die Weltordnung verändern. Einer davon läuft schon seit geraumer Zeit: Der Globale Süden – und innerhalb dessen insbesondere China – gewinnt immer mehr politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Welt. Und der Norden – in diesem Fall würde ich sagen: der Westen – verliert an Einfluss. Und dann gibt es einen zweiten Moment, der viel neuer ist: das bezieht sich auf Präsident Trump in den USA. Was wir dort sehen, ist eine sehr ungewöhnliche, inkohärente, chaotische Politik – die ich letztlich als ein Zeichen von Schwäche interpretiere, nicht von Stärke oder Macht. Für mich ist das eine Politik, die diesen Prozess des Einflussverlusts des Nordens bzw. des Westens nur noch beschleunigt.

Was bedeutet das alles für Brasilien? Ich würde sagen: Es ist besser für Brasilien – denn es hat mehrere politische und wirtschaftliche Beziehungsmöglichkeiten. Und auch deshalb, weil Brasilien kein beliebiges Land ist: Es ist das fünftgrößte Land der Welt nach Fläche und das siebtgrößte nach Bevölkerung. Es hat viele Produkte für den Export und keine expliziten Machtinteressen. Es ist also ein Partner für viele Akteure in der Welt. Und ich sehe keine große Gefahr in der Konfrontation zwischen Trump und den BRICS, weil ich denke, dass der Globale Süden und die BRICS mit China schon zu stark sind, um solchen Druck nachzugeben. Man muss vorsichtig sein, aber die Lage ist besser als in der unipolaren Welt vor einigen Jahrzehnten.

Zum Mercosur – das ist die intensivste Beziehung zwischen Brasilien, Südamerika und der Europäischen Gemeinschaft, einschließlich Deutschland. Dieses Abkommen ist letztlich nicht mehr als ein Abkommen zwischen der exportorientierten Industrie Europas und dem Agribusiness Südamerikas. Diese beiden Akteure repräsentieren nicht die Interessen der brasilianischen Bevölkerung. Aus wirtschaftlicher und strategischer Sicht sehe ich daher kein Problem in dieser Konstellation, weil Brasilien wirklich das Recht und die Möglichkeit hat, mit allen Partnern Beziehungen zu pflegen, an denen es ein Interesse hat. Aber gerade die Europäische Union befindet sich momentan in einer ziemlich schwachen Position und hat daher Interesse an einer Zusammenarbeit mit Brasilien – in wirtschaftlicher und geopolitischer Hinsicht.

Fast täglich liest man in der deutschen Presse über chinesische Investitionen in anderen Ländern des Globalen Südens – mit einem gewissen kritischen Unterton, der besagt, dass sie

eine Abhängigkeit schaffen, die negative Folgen für diese Länder habe. Die implizite Botschaft ist, dass deutsche Investitionen viel besser seien – weil sie angeblich die Menschenrechte respektieren und fairer seien. Diese Botschaft zeigt genau das Problem in dieser ganzen Debatte: Denn im Globalen Süden weiß man sehr wohl, dass westliche Investitionen nie das hielten, was sie versprochen. Es war immer koloniale oder postkoloniale Politik – stets geleitet von den wirtschaftlichen Interessen dieser Länder oder des Westens insgesamt.

Deshalb hat man oft den Eindruck, dass insbesondere in Europa – in der Presse und in den Regierungen – tatsächlich geglaubt wird, man betreibe eine bessere Wirtschaftspolitik. Und deshalb könne man China kritisieren, weil es Dinge anders mache – ohne dabei sich selbst zu analysieren. Das ist eine unvollständige und tendenziöse Analyse.

Brasilien hat das Recht, seine Partner selbst zu wählen – vielleicht nur im Sinne des „kleineren Übels“. Aber derzeit gibt es kein wirklich gutes Angebot. Ich denke, dass die BRICS durchaus eine interessante Alternative sein könnten, weil sie dem Globalen Süden weniger schaden. Aber man muss diese Frage mit Vorsicht und ohne Illusionen analysieren.

Vielleicht entsteht eine wirtschaftliche Beziehung, die besser ist als das, was wir bisher kennen. Genau das brauchen wir. Wir müssen ein wenig Optimismus haben, gleichzeitig aber auch einen sehr kritischen Blick bewahren. Wenn ein neuer Akteur entsteht, ein mächtiges Bündnis in der Welt, dann müssen zumindest zwei Dinge gewährleistet sein: mehr Teilhabe der Völker, der Zivilgesellschaften, und mehr soziale Gerechtigkeit.

Und wie erreichen wir das? Ich denke, jetzt ist der Moment, um als Zivilgesellschaft, als Denker:innen im Rahmen der Treffen mit und über die BRICS, Stellung zu beziehen, proaktiv zu sein und zu sagen: Wir wollen mitreden. Wir haben durchaus Zweifel, aber auch Vorschläge und wollen beobachten, wie sich dieser Prozess entwickelt. Es handelt sich nicht um eine Frage von Monaten, sondern von vielen Jahren – aber wir müssen Teil davon sein. Wenn wir das nur gewissen Regierungen überlassen – und jede Regierung hat ihre eigene Auffassung und Definition von Demokratie – wird es schwierig.

Zusammengefasst: Die Zivilgesellschaft muss irgendeine Form von Beteiligung an dem, was im Rahmen der BRICS aufgebaut wird, haben.

Zur Rolle Deutschlands: Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur ist vor allem für Brasilien problematisch. Der größte Akteur in Europa in diesem Abkommen ist die exportorientierte Industrie – insbesondere aus Deutschland.

Dieses Abkommen, so wie es jetzt formuliert ist, wird den Zugang zum Mercosur-Markt für diese Produkte mit hohen Gewinnspannen vergrößern. In diesem Sinne bringt es Deutschland gewisse Vorteile, weil es der Bevölkerung dort zugutekommen kann, wenn die Industrie floriert, mehr Steuern eingenommen werden etc.

Viel schwieriger wird die Situation jedoch für Brasilien, das unter vielen negativen Folgen leiden wird – sogar im Bereich öffentlicher Aufträge, die Teil des Abkommens sind. Und die Notwendigkeit zur Industrialisierung wird damit erschwert. Der neue Kanzler Merz will das

Abkommen schnell abschließen und hat sich auch klar dazu geäußert: "Wir bringen das rasch zu Ende."

Auch gibt es ein großes geopolitisches Interesse der deutschen Diplomatie an Brasilien. Denn das historische Bündnis zwischen Lateinamerika und Europa funktioniert wirtschaftlich nicht mehr gut. China ist mittlerweile klar der wichtigste Handels- und Wirtschaftspartner Brasiliens. In Argentinien ist es nicht viel anders.

In diesem Kontext bedeutet das Abkommen auch eine Stärkung der geopolitischen Macht Europas in einer Zeit, in der der alte Kontinent genau diese Macht verliert. Eine gute Partnerschaft mit Südamerika ist also ein dringendes Interesse Deutschlands.

Deutschland und Europa insgesamt haben derzeit keine sehr klare geopolitische Analyse mehr. Im Krieg gegen die Ukraine beziehen sie zwar eine klare Position – aber diese führt in keine Richtung. Sie wollen Frieden, sie wollen, dass Russland sich zurückzieht. Aber es geht nichts voran.

Und wenn Lula sagt, dass man Dialog führen muss, sogar mit Personen, die uns nicht gefallen – wie Putin –, was ist dann Europas Reaktion? Protest. Sie fragen: Wie kann Brasilien mit einem Autokraten wie Putin reden?

Für mich ist das ein Ausdruck europäischer Schwäche. Denn Europa versteht nicht mehr, was in der Welt passiert und welche neue Rolle der Globale Süden – darunter Brasilien als einer der wichtigsten Akteure – bereits einnimmt. Abgesehen von wirtschaftlichen Aspekten scheinen auch die geopolitischen Ergebnisse dieser möglichen Allianz zwischen Europa und dem Mercosur sehr begrenzt zu sein.

BEITRAG VON JAMES GREEN

Emeritierter Professor an der Brown University, engagierter Aktivist für die Demokratie in Brasilien und Präsident des Washington Brazil Office.

James, du hast die brasilianische Politik über Jahrzehnte aus den USA beobachtet. Wie beurteilst du die Rolle Brasiliens im Verhältnis zu den USA in dieser Zeit des Wiedererstarkens des Trumpismus?

Und wir nutzen die Gelegenheit, um zu vertiefen:

- Was sind Trumps wirkliche Interessen in Bezug auf Brasilien und Lateinamerika – über die anti-migrantische Rhetorik hinaus?
- Wie kann Brasilien auf mögliche Zollerhöhungen durch eine neue Trump-Regierung reagieren?
- Angesichts des Erstarkens der extremen Rechten in Brasilien und der Aberkennung von Bolsonaro's Mandat – siehst du Risiken einer äußeren Einflussnahme auf die Wahlen 2026?
- Und schließlich: Sollte Brasilien die Abwendung der USA von multilateralen Institutionen nutzen, um Reformen bei der UNO, im Sicherheitsrat und in den globalen Finanzinstitutionen einzufordern?

Ich muss zunächst einen Dank aussprechen: Luiz Ramalho, dein Vater Jether Ramalho war ein sehr wichtiger brasilianischer Aktivist. Er brachte den Kampf gegen die brasilianische Diktatur und die Folter in die USA, als er an einer Mission teilnahm, bei der in New York die ersten internationalen Berichte über Folter in Brasilien übergeben wurden – und damit internationale Aufmerksamkeit auf das Thema lenkte. Ab diesem Moment begann eine internationale Kampagne in Partnerschaft mit Amnesty International. Jether Ramalho war ein tief engagierter religiöser Mensch mit starkem Einsatz für soziale Gerechtigkeit.

Ihr habt mir eine unmögliche Aufgabe gegeben: einen Kommentar zu dem Albtraum zu verfassen, den wir in den USA seit der Wahl Trumps erleben – und den Implikationen für Brasilien und die Welt. Es ist ein sehr komplexes Thema. Diese Woche feiern wir 80 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ich glaube, niemand hätte sich 1945 die heutige Situation vorstellen können.

Wer den Weltkrieg, den Kalten Krieg – mit Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion –, den Vietnamkrieg und die heutige Rivalität zwischen den USA und China erlebt hat, hätte niemals geglaubt, dass Präsident Trump – ein Vertreter der extremen Rechten mit Sympathien für den Faschismus – eine Allianz mit Wladimir Putin und Russland aufbauen würde. Es ist schwer zu verstehen.

In diesem neuen internationalen Kontext gibt es eine internationale Front der extremen Rechten mit Macht und Einfluss in Lateinamerika.

In dieser Region gehören die Regierungen von Javier Milei in Argentinien und Nayib Bukele in El Salvador dazu.

In anderen Teilen der Welt unterstützen autoritäre Regime – wie die Türkei, Ägypten, Russland und China – die internationale Bewegung zur Verteidigung des Globalen Südens, die in den 1950er und 1960er Jahren noch „Dritte Welt“ genannt wurde.

In diesem Kontext strebt Brasilien eine bedeutende internationale Führungsrolle an. Ich glaube, dass der Globale Norden die Bedeutung von Lula nicht anerkennt, was ihn isoliert und ignoriert. Dies wird durch Trumps Haltung und seine Fantasie vom „Make America Great Again“, also dem Motto, die vermeintliche Größe des Landes wiederherzustellen, verstärkt. Trump lebt in einem Traum des späten 19. Jahrhunderts. Es ist ein Traum, der eine Rückkehr zum Imperialismus der Vereinigten Staaten zur Zeit des Spanisch-Amerikanischen Kriegs von 1898 bedeutet, zwischen Spanien, Kuba, den Philippinen und den Vereinigten Staaten. In diesem Konflikt hatte die Regierung in Washington das Ziel, die Kontrolle über die Karibik zu erlangen, als Teil der Strategie, Lateinamerika als Hinterhof der USA zu erhalten.

Diese Denkweise spiegelt eine hierarchische Vorstellung der internationalen Beziehungen wider, die Lateinamerika nicht wertschätzt. Allerdings ist der Kontinent für Trump keine Priorität. Er ist mehr daran interessiert, seine Präsidentschaft zu nutzen, um in anderen Teilen der Welt Geld zu verdienen, insbesondere im Nahen Osten, und seine zweite Amtszeit als großer internationaler Politiker abzuschließen. Er ist sehr neidisch auf Barack Obama, der 2009 den Friedensnobelpreis erhielt. Aus diesem Grund führt Trump diese internationale Vermittlungsrolle im Krieg zwischen Russland und der Ukraine sowie zur Lösung des

Nahost-Konflikts an. Diese Ziele sind eng mit seinem Wunsch verbunden, als großer Diplomat anerkannt zu werden.

Trump ist megalomanisch und egozentrisch, mit der Persönlichkeit eines siebenjährigen Kindes, unfähig, über seine eigenen Interessen hinauszudenken. Er ist ein ausgezeichneter Verkäufer seiner Ideen. Er hat keine feste Ideologie. Seine Außenpolitik dient vor allem den wirtschaftlichen Interessen seiner Familie. Trump braucht auch die Unterstützung anderer Teile der amerikanischen Oberschicht, der Milliardäre, um seine Ziele der Machtakkumulation zu erreichen.

Trump ist zudem rassistisch. Ein klares Beispiel für diese Ideologie war seine Entscheidung, die Einreise oder den Aufenthalt von Afghanen in den USA zu verbieten, die Washington während des Krieges in Afghanistan unterstützt hatten. Menschen, die die Amerikaner unterstützten, wie Übersetzer, verlieren ihr Recht, in die USA einzuwandern. Am selben Tag, an dem Trump dieses Dekret erließ, empfing er eine Gruppe weißer Südafrikaner, die behaupten, Rassismus und Enteignung ihrer Farmen zu erleiden, weshalb sie in den USA Asyl beantragen. Trump nimmt diese Einwanderer auf, weil sie weiß sind, und er ist daran interessiert, die Einwanderung weißer Menschen in die USA zu fördern. Brasilien kennt diese Geschichte gut: Nach der Abschaffung der Sklaverei wurde versucht, die Bevölkerung durch Förderung der europäischen Einwanderung zu „verweißen“. Während Trump weiße Südafrikaner aufnimmt, deportiert die US-Regierung Tausende von Arbeitern aus Lateinamerika und anderen Teilen der Welt, einschließlich Familien mit in den USA geborenen Kindern, die die amerikanische Wirtschaft unterstützen könnten. Aber weil sie nicht weiß sind, werden sie gerade jetzt deportiert.

Wir befinden uns derzeit in einer Zone des semi-faschistischen Zustands, in der demokratische Schutzmechanismen systematisch täglich zerstört werden. Es gibt jedoch auf nationaler Ebene Widerstand im Kongress und unter konservativen Finanzsektoren wie dem Wall Street Journal, das Trumps Zollpolitik kritisiert.

In den USA herrscht eine sehr komplexe Dynamik, in der die Republikaner eine Mehrheit im Kongress haben und der Präsident viel Macht anhäuft, gleichzeitig aber viele seiner präsidialen Erlasse verfassungswidrig sind. Wenn ein Richter einen Erlass als verfassungswidrig erklärt, legt die Trump-Administration Berufung beim Obersten Gerichtshof ein, um eine Entscheidung zu ihren Gunsten zu erreichen. Gleichzeitig beseitigt er demokratische Schutzmechanismen und versucht, einen autoritären Staat zu schaffen. Ob ihm dies gelingt, hängt wesentlich vom Widerstand gegen seine autoritäre Politik ab.

Trumps Äußerungen, etwa über die Notwendigkeit, Panama zu besetzen, weil China angeblich übermäßigen Einfluss auf den Kanal hat, zeigen eigentlich, dass er andere Länder besetzen oder annectieren will, um das Territorium der USA wie Ende des 19. Jahrhunderts auszudehnen. Die USA waren das letzte imperialistische Land, das Gebiete in anderen Teilen der Welt besetzte, wie Hawaii, die Philippinen, Kuba und Puerto Rico. Trump will zu dieser Phase der US-Geschichte zurückkehren.

Doch Trump hat ein politisches Problem bezüglich der Zölle, die er einführen will. Er verfolgt eine Politik, die keinen Sinn ergibt und nicht funktionieren wird. Sie wird eine starke Inflation erzeugen, die seine eigene Basis schwächen könnte. Die Zölle, die er für China vorschlägt,

werden die Preise für billige dort produzierte Waren steigen lassen. Trump beharrte gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit darauf, dass China – als Exporteur – die Zölle zahle. Tatsächlich zahlt der Importeur die Zölle, der die Erhöhung an die Verbraucher weitergeben könnte, was Inflation verursacht.

Außerdem schürt Trump ständig Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gegen Einwanderer. Er agiert so, als wolle er alle Errungenschaften der Schwarzenbewegung in den letzten 60 Jahren im Kampf gegen Rassendiskriminierung in den USA rückgängig machen. In diesem Sinne stärken Angriffe gegen Einwanderer seine Unterstützung bei seiner Basis. Besonders bemerkenswert ist die Reaktion der US-Bevölkerung gegen die Abschiebungen. Ein Beispiel ist die Unterstützung für den jungen Kilmar Abrego Garcia, der nach El Salvador abgeschoben wurde, obwohl ein Gerichtsurteil seine Abschiebung untersagt hatte, da er von kriminellen Gruppen im Heimatland bedroht wurde.

Diese Vielzahl von Angriffen auf Einwanderer, internationale Studierende, Universitäten und Anwaltskanzleien dient dazu, die Opposition einzuschränken und zugleich Trumps Agenda voranzutreiben. In diesem Sinne würde ich sagen, dass Trump nicht alles erreicht, was viele erwartet hatten.

Zum Abschluss möchte ich auf eine Frage meiner Freunde in Brasilien eingehen: Wo ist die Mobilisierung? Warum sind nicht eine Million Menschen am Tag nach der Amtseinführung auf die Straße gegangen? Warum gibt es keine Massenproteste? Meine Antwort ist einfach: Die Menschen sind nicht in der Lage, auf all das zu reagieren, was Trump gleichzeitig tut. Stellen Sie sich vor, Bolsonaro bekäme Amnestie und er oder sein Kandidat würden 2028 Präsident. Wie würden sich die Brasilianer fühlen, die gegen ihn gekämpft und Lula unterstützt haben? Wie lange würden sie brauchen, um zu überlegen, wie sie einer zweiten Bolsonaro-Regierung Widerstand leisten? Genau das ist hier passiert. Glücklicherweise gibt es jetzt nationale Mobilisierungen in allen Bundesstaaten. Straßenproteste finden jetzt statt. Es gibt viel Unruhe unter den Demokraten im Kongress. Auch Teile der Zivilgesellschaft reagieren. Unternehmer äußern öffentlich, dass Trumps allgemeine Politik gut sei, aber seine Zollpolitik ein Desaster. Deshalb veröffentlicht das Wall Street Journal fast täglich Leitartikel, die Trump und seine Politik kritisieren.

Ich möchte eine globalere, umfassendere Frage aufwerfen. Und ich denke, wir müssen verstehen, in welcher Phase wir uns weltweit befinden. Ich glaube, wir erleben den Aufstieg der extremen Rechten und die Konsolidierung autoritärer Staaten. Die Demokratie ist bedroht. Das brasilianische Volk schätzt die Demokratie sehr und hat während der Militärdiktatur (1964–1985) gekämpft, besonders in der Übergangszeit, um das Land wirklich zu demokratisieren.

Ich denke, die große Widersprüchlichkeit, das Dilemma der Linken und progressiven Kräfte weltweit besteht darin, wie man mit einem Zusammenprall unterschiedlicher Interessen umgeht. Demokratische Werte sowie soziale, ökonomische und kulturelle Gerechtigkeit sind bedroht, und gleichzeitig richtet sich Brasilien auf internationaler Ebene an Länder aus, die Demokratie nicht priorisieren.

Brasilien lebt diese Widersprüchlichkeit. Einerseits ist es ein Verteidiger einer progressiven Art von sozialer Demokratie und setzt sich für Werte wie Menschenrechte ein. Andererseits

gibt es eine Allianz, eine Zusammenarbeit mit Staaten, die das Gegenteil von allem repräsentieren, wofür wir in Lateinamerika während der Diktaturen und der Übergangsprozesse gekämpft haben. Ich glaube, diese Widersprüchlichkeit wird Brasilien noch beschäftigen, denn während die Führungspersonen eine gewisse Nähe zu einigen dieser autoritären Staaten haben, fühlen sie sich auch der Demokratie verbunden. Eine wichtige Frage für mich ist, wie sich das Zusammenleben dieser beiden Elemente entwickeln wird.

Zum Beispiel während der Diktatur in Argentinien verbündeten sich die Militärs mit der Sowjetunion, die diese Diktatur in Südamerika unterstützte, was für die Linke sehr kompliziert war. Das ist eine wichtige Frage, die zu bestimmten Zeiten zu bedenken ist. Ich würde aber sehr gern hören, was Mônica dazu sagt.

Ich sagte, die PT sei eine Art europäische Sozialdemokratie. Das heißt, die PT verfolgt weder das alte Modell der Sowjetunion, noch das aktuelle Modell von China, Nordkorea oder den USA. Ich glaube, die europäische Sozialdemokratie ist ein sozioökonomisches System, das die PT in Brasilien mit einem Sozialstaat aufbauen möchte, aber vielleicht liege ich falsch. Ich machte einen Vergleich, um zu erklären, welches Regierungsprogramm die PT vertritt. Ich kenne die PT seit ihrer Gründung. Ich war Mitglied der PT, als ich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre in São Paulo lebte.

Zum Thema der Verbindung mit autoritären Regimen, zum Beispiel in der BRICS-Gruppe, gebe ich meine Subjektivität zu. Ich bin schwul und war Führer der brasilianischen LGBTQIA+ Bewegung und deren linker Flügel. Wenn ich jetzt nach Russland reisen und die russische LGBTQIA+ Bewegung unterstützen würde, könnte ich zu acht Jahren Gefängnis verurteilt werden, weil die Regierung solche Gruppen als Terrororganisationen einstuft. Diese Maßnahmen der russischen Regierung sind in mehreren Bereichen schlimmer als die Strafen der Médiçi-Regierung während der Diktatur, aber nicht in allen.

Ich bin kein guter Prophet, aber ich möchte an ein Lied von Chico Buarque de Hollanda erinnern: „Vai passar“ („Es wird vorübergehen“). Denn für mich wird zumindest der Albtraum der USA vorbeigehen. Und wir werden durch diesen Kampf demokratische Elemente in der amerikanischen Gesellschaft zurückerobern, auch wenn sie in vielerlei Hinsicht nicht demokratisch ist.

Ich halte es für sehr wichtig, die Situation in den USA genau zu beobachten, weil es in Brasilien leider eine Tradition der „Anthropophagie“ gibt. Manchmal gibt es die Tendenz, Dinge aus anderen Ländern, sowohl aus Europa als auch aus den USA, einfach zu kopieren.

Brasilien ist für Trump derzeit keine Priorität, weil er keine wirtschaftlichen Interessen in Brasilien hat. Es sieht nicht so aus, als wolle er ein Hotel in Copacabana bauen. Aber es ist sehr wahrscheinlich, dass er Interesse an Brasilien entwickeln wird. Die Trump-Regierung könnte beispielsweise versuchen, in die brasilianischen Wahlen einzugreifen, in Kooperation mit Eduardo Bolsonaro und anderen Personen der extremen Rechten. Wir wissen sehr gut, dass die CIA schon Erfahrungen damit hat, sich in brasilianische Wahlen einzumischen.

BEITRAG VON MÔNICA VALENTE

Mitglied der Nationalen Führung der PT, Exekutivsekretärin des Foro de São Paulo und Direktorin der Fundação Perseu Abramo.

Mônica, wie denkt die Arbeiterpartei – und die lateinamerikanische Linke insgesamt – über die BRICS und die Umstrukturierung der Weltordnung?

Wir möchten auch wissen:

- Wie bewertest du die Bemühungen der brasilianischen Außenpolitik, neue Allianzen jenseits der traditionellen Nord-Süd-Achse aufzubauen?
- Das Foro de São Paulo diskutiert die regionale Lage, die von der Rückkehr progressiver Regierungen, aber auch von einer Stärkung der extremen Rechten geprägt ist – wie geht man mit dieser Dualität um?
- Ist es trotz der Vielfalt der Regierungen und der Schwächung des Mercosur noch möglich, regionale Integration als politisches und wirtschaftliches Projekt zu verteidigen?
- Und innerhalb der Lula-Regierung, wo die PT eine zentrale Rolle spielt: Gibt es interne Spannungen bezüglich der Außenpolitik? Wo liegen die größten Konfliktpunkte?

Das war eine sehr intensive Woche, mit vielen Ereignissen, die Brasilien ins Blickfeld der Weltmedien rücken. Der Besuch unseres Präsidenten Lula bei den Feierlichkeiten zum Tag des Sieges in Moskau, auf Einladung des russischen Präsidenten, hat viele Fragen

aufgeworfen, so wie es deine Freunde auch fragten. Danach reiste Präsident Lula nach Peking zum China-CELAC-Gipfel, was ebenfalls in den Weltmedien viel Diskussion auslöste. Deshalb ist es sehr passend, dass wir die Gelegenheit haben, über die brasilianische Außenpolitik in der dritten Lula-Regierung zu reflektieren.

In Bezug auf eine Reflexion von Andreas Behn über die brasilianische Außenpolitik möchte ich betonen, dass neben der Wertschätzung für Multilateralismus, Zusammenarbeit und Respekt für die Souveränität verschiedener Länder, ein Charakteristikum der brasilianischen Außenpolitik – das seit den vorherigen Regierungen besteht – das Prinzip des sogenannten „aktiven Nicht-Ausrichtens“ ist.

Warum betone ich diesen Aspekt unserer Außenpolitik? Erstens, weil es seit unseren vorherigen Regierungen eine Konstante ist, und gerade in dieser Zeit großer Komplexität auf der Weltbühne hilft es uns, unabhängig und souverän, mit großer Klarheit Position zu beziehen. In der Diskussion des Programms für die Lula-Wahlkampagne 2022, die gemeinsam mit anderen linken Parteien geführt wurde und später im zweiten Wahlgang in erweiterter Form, war die Notwendigkeit, dieses Prinzip des Nicht-Ausrichtens zu betonen, einhellig. Nicht naiv oder isoliert, sondern um das verfassungsmäßige Prinzip einer souveränen Außenpolitik im Lichte der Interessen des Volkes und der brasilianischen Nation zu garantieren.

In diesem Kontext, im Lichte dieses Prinzips, definierte das Programm, das in der breiten Front (frente ampla) diskutiert wurde und das Präsident Lula gewählt hat, zwei Hauptachsen: die regionale Integration Lateinamerikas und die Stärkung unseres Engagements in der BRICS-Gruppe. Aber mit welchem Sinn verfolgen wir diese beiden Richtlinien?

Erstens, der Sinn der regionalen Integration ist angesichts einer so komplexen Welt, in der sich das Szenario jeden Tag ändert, angesichts der Herausforderungen, die vor uns liegen, immer wichtiger für ein Land wie unseres, das eine Mittelmacht ist, sich mit unseren Nachbarn zu integrieren, mit denen wir viel gemeinsam haben, was Merkmale und Herausforderungen angeht. Wir haben Gemeinsamkeiten in Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Geografie, Klima, Energie und in unserer Einbindung in die globalisierte Welt. Deshalb ist es nur logisch, in dieser komplexen und wettbewerbsintensiven Welt mit den Nachbarn verbunden zu sein, mit denen wir viel teilen, neben einer gemeinsamen lateinamerikanischen politischen Kultur.

Aus wirtschaftlicher Sicht, obwohl Brasilien wirtschaftlich weiter entwickelt ist als die meisten unserer Nachbarn, dürfen und sollten wir die wirtschaftliche Bedeutung Mexikos, das Potenzial der argentinischen Industrie, die riesigen Erdölreserven Venezuelas und so weiter nicht ignorieren.

Die erste offensichtliche Konsequenz oder Feststellung ist also, dass Brasilien als Land, um sich in der Welt entsprechend den Interessen und Bedürfnissen unseres Volkes zu positionieren, regional in Lateinamerika und der Karibik integriert sein muss. Nicht aus ideologischer Sicht, sondern aus Sicht der Interessen und Bedürfnisse unserer Region und unserer Völker, unserer nationalen und regionalen Interessen, die wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit, Industrialisierung, Energiewende, Schutz unserer Biome umfassen. Das sind gemeinsame Interessen und Bedürfnisse mit unseren Nachbarn.

Das Zweite ist das Thema BRICS. Warum? BRICS ist nicht als ein neues G20 entstanden. Minister Celso Amorim sagt gern, dass BRICS als Gegenpol zum G7 entstanden ist, dem Club der reichen und entwickelten Länder. Die BRICS-Gruppe, deren Bezeichnung von Ökonomen stammt, deren Namen ich gerade nicht erinnere, vereint Entwicklungs- oder Schwellenländer, die noch kein Niveau wirtschaftlicher, sozialer und produktiver Entwicklung in der globalisierten Welt erreicht hatten, um die Probleme ihrer Bevölkerung zu lösen.

Neulich, bei einem Gespräch mit jungen Deutschen hier bei der FES in São Paulo, fragten sie mich, wie Brasilien es schafft, mit Ländern in der BRICS-Gruppe zu koexistieren, die intern demokratische Defizite haben. Wie kann das Lula-Brasilien mit Ländern zusammenarbeiten, die manche als Autokratien betrachten? Ich erklärte ihnen Folgendes: Nach unserer Meinung, der unseres Partei- und Regierungskreises, wird Außenpolitik nicht durch die Einteilung in demokratische oder autokratische Länder bestimmt. Jedes Land hat seine Besonderheiten, aber die BRICS sind eine Gruppe von Ländern mit gemeinsamen Interessen und Bedürfnissen. Darunter ist die Notwendigkeit von Entwicklung, Industrialisierung und der Sicherung von Finanzierung für diese Entwicklung. Ich gab ihnen zum Beispiel das NDB – die Neue Entwicklungsbank der BRICS – als Beispiel, das heute von der ehemaligen brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff geleitet wird.

Diese Bank versucht, Entwicklung auf eine andere Weise zu finanzieren als andere Entwicklungshilfsinstrumente für Lateinamerika, wie den IWF oder die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB). Denn diese beiden Banken verlangen bei der Kreditvergabe an Entwicklungsländer ein neoliberales Rezept: Privatisierung, Kürzung der Finanzierung öffentlicher Gesundheits- und Bildungspolitiken, Öffnung unserer Märkte für Produkte und

Dienstleistungen der entwickelten Länder, wodurch wir gezwungen sind, Rohstoffexporteur und Importeur von hochwertigen Industrieerzeugnissen aus entwickelten Ländern zu bleiben. Deshalb ermöglicht die Gründung der BRICS-Gruppe und der NDB unseren Ländern den Zugang zu Krediten und die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten, die eine Entwicklung ermöglichen, die den Bedürfnissen unserer Völker entspricht. Ich nutzte dieses Beispiel, um zu zeigen, was Brasilien mit den BRICS-Ländern verbindet.

Was Brasiliens aktive Beteiligung an dieser Gruppe antreibt, ist die Verteidigung der Rechte unserer Völker auf Souveränität, das Recht auf Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit, das Recht der sogenannten Globalen Süd-Länder, besonders Lateinamerika und der Karibik, und ganz besonders hier die Rechte der Brasilianerinnen und Brasilianer auf Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, zu hochwertiger Bildung, Wissenschaft und Technologie, Gesundheit, Kultur und mehr.

Das sind die Prinzipien der brasilianischen Außenpolitik, die mit unserem Entwicklungsprojekt zu tun haben, mit dem nationalen Entwicklungsprojekt in diesem ganzen turbulenten Szenario in Lateinamerika und der Welt.

Zum Thema des Aufstiegs der extremen Rechten habe ich besonders in Lateinamerika darüber nachgedacht. Als wir nach Jahren des Kampfes aus den Militärdiktaturen der Region herauskamen, wurden die ersten Wahlen von demokratischen Koalitionen gewonnen, die jedoch neoliberale Profile hatten. So war es bei Fernando Henrique Cardoso in Brasilien, Carlos Menem in Argentinien und anderen. Es waren konservative, neoliberale Regierungen, aber keine der extremen Rechten. Dieser „zivilisierte“ Konservatismus, der das neoliberale Modell verteidigte, verlor seine politische Hegemonie in der Gesellschaft, genau weil das neoliberale Modell nie die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllte, wie versprochen. An dieser Stelle trat die extreme Rechte als Sprachrohr und Hegemon des neoliberalen Modells auf – das ist Bolsonaro in Brasilien, Milei in Argentinien, Noboa in Ecuador – aber auch bei Wahlkampagnen, in denen sie nicht gewannen, die aber das neoliberale Modell verteidigten, wie Kast in Chile, Keiko Fujimori in Peru, Hernández in Kolumbien.

Das neoliberale Modell, das sich aufgrund der Schwierigkeiten, sich in Wahlen durchzusetzen, die vom „zivilisierten“ Konservatismus geführt werden, entwickelt, wird von der extremen Rechten übernommen und hegemonial geführt, die auf das Modell noch einmal draufsetzt und zum Ultraneoliberalismus übergeht. Sehen Sie sich an, was Milei in Argentinien vorhat: Er will die Zentralbank abschaffen, ein Instrument der Souveränität über die eigene Währung zerstören.

Wir im progressiven Lager versuchen, ohne die Vielfalt unter uns zu leugnen, ein alternatives Modell zum Neoliberalen zu entwickeln. Dieses basiert auf Multilateralismus, Kooperation, Respekt der Souveränität und dem Recht der Völker des Globalen Südens auf Entwicklung. Das ist die zentrale Widersprüchlichkeit, die große Herausforderung unserer Zeit.

Erstens würde ich nicht sagen, dass wir vom PT (Arbeiterpartei) aus der traditionellen Sozialdemokratie stammen. Die Geschichte des PT unterscheidet sich von der der sozialdemokratischen Parteien Europas. Wir entstanden mit enger Verbindung zu den Gewerkschaften, aber auch zur progressiven Kirche, zu populären Bewegungen und dem Widerstand gegen die Militärdiktatur. Wir sind ein Entwicklungsland und hatten nie die

Möglichkeit, einen Sozialstaat aufzubauen. Wir gingen von der Militärdiktatur zu neoliberalen Regierungen über. Der PT hat immer die Werte der Demokratie und der Menschenrechte verteidigt, gerade wegen seiner Herkunft im Kampf gegen die Diktatur.

Doch sehen wir uns die aktuelle repräsentative und Wahl-Demokratie Brasiliens an. Wenn man die Wahlsysteme, die angeblich demokratisch sind, analysiert, stellt man fest, dass sie es nicht wirklich sind. Schauen Sie, wie die Finanzierung der parlamentarischen Amendments (Änderungsanträge) bei den Kommunalwahlen 2024 wirkt oder bei den Parlamentswahlen 2022, die diesen Kongress mit einer Mehrheit von rechts oder extremer Rechter wählten.

Welche Demokratie ist das, die keine gleichen politischen Wettbewerbsbedingungen garantiert? Ich frage mich auch: Wie verhalten sich sozialdemokratische Regierungen Europas zum Beispiel zu Palästina und dem Genozid in Gaza? Warum bezeichnen sie diese Militäraktion nicht eindeutig als Genozid, so wie Präsident Lula es getan hat? Gibt es da keine demokratischen und menschenrechtlichen Werte zu verteidigen?

Wir Länder des Globalen Südens haben das Recht auf Entwicklung, Industrialisierung und Souveränität. Souveränität ist das, was Länder in ihrer Innenpolitik und Außenpolitik antreibt: die Interessen ihres Volkes oder einzelner Sektoren davon, wie Wirtschaftssektoren oder Finanzgruppen. Daher akzeptiere ich nicht, dass uns eine angebliche Widersprüchlichkeit vorgeworfen wird. Wir leben in einer komplexen Welt, in der Allianzen nicht einfach nach der Frage Demokratie oder Nicht-Demokratie entstehen.

Betrachten wir die Biden-Regierung. Sie war wichtig für die Anerkennung der brasilianischen Wahlen, aber aus Interessen, nicht aus Liebe zur brasilianischen Demokratie. Denn auch demokratische Regierungen der USA haben sich früher mit der rechten oder extrem rechten Seite Brasiliens verbündet. Für die Demokratische Partei war Bolsonaros Sieg 2022 nicht interessant, da sie 2024 Donald Trump gegenüberstanden, der mit Bolsonaro verbündet ist.

Auch unter Obama überwachte die NSA Telefongespräche von Dilma Rousseff und Angela Merkel, weil Petrobras gerade die riesigen Ölvorkommen im brasilianischen Prä-Sal entdeckt hatte. Obama, angeblich ein Vertreter der fortschrittlichsten US-Demokratie, handelte zum Schutz der Interessen seines Landes und seiner Bevölkerung. Außenpolitik folgt immer den Interessen des eigenen Volkes, Landes oder bestimmter Wirtschaftsgruppen.

Wir vom PT wollen Frieden, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Souveränität für das brasilianische Volk. Dafür wurden wir gewählt. Innenpolitisch wollen wir Demokratie vertiefen, demokratische Instrumente und soziale, partizipative Mitwirkung fördern. Diese ist noch immer unzureichend, auch in unserem Regierungszeitraum. Es gab partizipative Haushalte und andere fortschrittliche Mechanismen, die wir im aktuellen Mandat leider nicht weiterentwickeln konnten.

Aber ich akzeptiere nicht, dass Länder des globalen Nordens von uns eine ideologische Anpassung fordern, wenn deren Außenpolitik nicht danach handelt. Deshalb verstehe ich die Haltung des deutschen Bundeskanzlers, der gegen eine Besteuerung der Superreichen ist, weil sie den Interessen der internen Gruppen widerspricht, denen er verpflichtet ist. Also: Ruhe bewahren! Die Länder des globalen Südens haben das Recht auf souveräne Entwicklung.

Wir verteidigen Multilateralismus und Verhandlungen. Wir wollen nicht, dass der UN-Sicherheitsrat ein Instrument bleibt, das den Irak-Krieg auf Lügenbasis genehmigte und die israelische Regierung für den Genozid an Palästinensern nicht verurteilt. Doppelstandards sind für die Länder des Globalen Südens nicht akzeptabel.

Präsident Lula und die brasilianische Regierung drängen auf eine Reform multilateraler Organisationen, insbesondere des UN-Sicherheitsrats. Brasilien strebt eine ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat an, ein langer Prozess, der nicht einfach ist. Die UNO braucht Reformen, denn sie hat heute kaum noch eine Funktion.

Für uns, die Multilateralismus, Kooperation und Verhandlungswege verteidigen, ist die Debatte über die UNO-Reform, besonders beim Sicherheitsrat, von großem Interesse – und nicht nur dort.

Zur Zukunft in Brasilien: Präsident Lula wird voraussichtlich 2026 wieder kandidieren, da in Brasilien erwartet wird, dass ein amtierender Präsident für eine Wiederwahl antritt, sofern keine gesundheitlichen Probleme vorliegen.

Aber trotzdem sagt Präsident Lula etwas sehr Wichtiges. Alle hier fragen sich, was aus der PT und der brasilianischen Linken wird, wenn Lula nicht mehr kandidieren kann. Und Präsident Lula sagt etwas sehr Wichtiges: Sein Nachfolger wird nicht eine einzelne Person sein. Es wird die PT sein. Die Partei wird eine breite, demokratische Koalition anführen mit einem klaren antineoliberalen Programm, das Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit, Energiewende und Umweltschutz hervorhebt.

Im Jahr 2025 sind wir stark engagiert in einem Prozess der Erneuerung unserer Führungskräfte, der bei der PT durch direkte Wahlen geschieht. Wir haben ungefähr zwei Millionen Mitglieder. Diese zwei Millionen Mitglieder werden das Recht haben, ihre Führungskräfte von der Basis bis zur nationalen Ebene zu wählen – die nächste Wahl findet am 6. Juli 2025 statt. Das ist für uns sehr wichtig.

Ein Beispiel, das wir genau beobachten, ist Morena in Mexiko. Der Ex-Präsident López Obrador führte eine gute Regierung, wählte seine Nachfolgerin, aber baute vor allem eine starke Organisation auf – die Partei MORENA, die sie als Partei-Bewegung konzipieren. Sie errangen einen bedeutenden Wahlsieg, und die Aktivisten der sozialen und populären Bewegungen spielen eine führende Rolle. Darauf setzen auch wir.

BEITRAG VON LETÍCIA TURA

Letícia Tura ist nationale Geschäftsführerin der FASE, mit Schwerpunkt auf Klimagerechtigkeit, Agrarökologie und Ernährungssouveränität.

Brasilien will die COP30 zu einem globalen Meilenstein machen. Welche Verantwortung und welches Risiko der Enttäuschung ergeben sich angesichts der hohen Erwartungen?

Darüber hinaus:

- Wird Brasilien nur Gastgeber sein oder aktiv in den Verhandlungen mitwirken? Welche Ambitionen zeigt die Regierung?

- Wie positionieren sich soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft angesichts der Umweltpolitik der Regierung?
- Kann man die aktuelle brasilianische Klimapolitik trotz Abholzung und Projekten von Petrobras als glaubwürdig ansehen?
- Wie geht man in Belém mit den sozialen und ökologischen Herausforderungen vor Ort um und gewährleistet eine inklusive COP, die Amazonas und seine Völker wirklich einbezieht?
- Was kann getan werden, damit diese COP kein weiterer Misserfolg wird? Welche Rolle kann die internationale Zivilgesellschaft in diesem Bemühen spielen?

Ich finde es sehr interessant, dass die Diskussion um die COP30 ganz am Ende steht. Warum? Weil die UN-Klimakonferenz (Konferenz der Vertragsparteien – COP) eigentlich eine große Entwicklungskonferenz ist. Das ist der Fokus: Welches Entwicklungsparadigma wollen wir für unser Land und die Welt? Sie ist mehr als eine Umweltkonferenz, sie ist eine Entwicklungskonferenz.

Und als solche hat der internationale Kontext direkten Einfluss auf Verhandlungen, Erfolg und Ergebnisse. Die COP ist vor allem eine politische Konferenz. Geopolitische Fragen beeinflussen die Klimaverhandlungen direkt. Daher ist all die vorangegangene Diskussion wichtig, um den internationalen Kontext zu verstehen, in dem die COP30 in Brasilien, in Belém, stattfinden wird. Die Ergebnisse der brasilianischen Präsidentschaft sind untrennbar mit diesem Kontext verbunden, weil die COP nur im Konsens aller Mitgliedsländer funktioniert – aktuell ohne die USA, die ausgetreten sind. Die Präsidentschaft der COP muss einen Konsens herstellen, damit alle Länder in dieselbe Richtung gehen.

Ein weiterer Punkt: Die COP30 hat – anders als Paris – keine große neue Agenda. Paris hatte den Auftrag, ein neues Klimaabkommen nach Kyoto zu schaffen. Madrid, Polen und Glasgow hatten die Aufgabe, das Regelbuch des Pariser Abkommens zu finalisieren. Die große Herausforderung der COP30, 30 Jahre nach der ersten Klimakonferenz in Berlin und 10 Jahre nach dem Pariser Abkommen, ist: Wir sind jetzt bei einer globalen Erwärmung von 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau – was eigentlich erst am Ende dieses Jahrhunderts hätte erreicht werden dürfen. Das stellt die Fähigkeit der COPs infrage, das Problem zu lösen.

Die zentrale Aufgabe der COP30 und der brasilianischen Präsidentschaft ist daher, wie das Pariser Abkommen umgesetzt werden kann, wie Länder ehrgeizigere Klimaziele erreichen können, angesichts des beschriebenen internationalen Kontextes mit weiteren Themen wie Kriegen. Und was bedeutet der Austritt der USA – dem zweitgrößten Emittenten von Treibhausgasen – für die Klimaverhandlungen? Diese internationalen Herausforderungen gefährden den Verhandlungsprozess.

Ein erstes Problem, das die brasilianische Präsidentschaft bei der COP30 zu lösen hat, ist, dass die Länder eigentlich schon ihre neuen national festgelegten Beiträge (NDCs) zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen hätten vorlegen müssen. Das heißt: Welche überarbeitete Zielsetzung zur Emissionsminderung haben die Länder? Wie werden sie diese Ziele erreichen? Die zweiten Versionen der NDCs, die ehrgeiziger sein sollten als die ersten,

die sie bei der Ratifizierung des Abkommens vorgelegt haben. Bis Februar hatten jedoch erst 19 Länder, also nur etwa 10% aller Länder, ihre neuen NDCs eingereicht. Deshalb wurde die Frist bis September verlängert. Die brasilianische COP-Präsidentschaft hat nun die große Aufgabe, die Länder anzuregen, neue und ehrgeizige Beiträge sowohl zur Minderung als auch zur Anpassung an den Klimawandel vorzulegen.

Ein großer Streitpunkt in den Verhandlungen ist die Frage der Klimafinanzierung. Das erste Ziel wurde in Kopenhagen vereinbart: 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr, das im Pariser Abkommen bestätigt wurde. Letztes Jahr wurde ein neues globales Klimafinanzierungsziel beschlossen – aber es blieb weit hinter den Erwartungen zurück: Statt der erforderlichen 1,3 Billionen US-Dollar jährlich wurden 300 Milliarden US-Dollar jährlich vereinbart. Wie kann man also angesichts der aktuellen internationalen Wirtschaftslage die Klimafinanzierung voranbringen?

Eine weitere große Komplexität auf der COP30-Agenda ist das Programm der „gerechten Übergänge“ (Just Transition), das eng mit der Energiefrage verbunden ist, aber nicht darauf beschränkt sein sollte. Es muss Themen wie Arbeit, Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit einbeziehen – der gerechte Übergang muss ein umfassender Diskurs sein. In der ersten Verhandlungswoche in Baku wurde dieses Thema jedoch blockiert und nicht weiter verfolgt, da es tiefgreifende Veränderungen in den Ländern impliziert. Wir müssen verstehen, dass Klimaverhandlungen direkte wirtschaftliche Auswirkungen auf die Länder haben.

Die Aufgabe der brasilianischen Präsidentschaft bei der COP30 ist es also, die Ambitionen der Vertragsparteien des Pariser Abkommens zu erhöhen, damit sie das Abkommen umsetzen und ambitioniertere Maßnahmen vorlegen. Dabei will Brasilien natürlich nicht nur Gastgeber sein, der die Menschen dazu bringt, Carimbó auf der Straße zu tanzen und die köstliche Küche von Belém zu genießen. Brasilien war und ist nicht nur Gastgeber – es spielt immer eine führende Rolle im Klimadiskurs, sei es bei der COP in Kopenhagen, Paris oder anderen COPs.

Wie bewegt sich Brasilien, um einen möglichen Misserfolg der COP30 zu vermeiden? Das Land intensiviert den Dialog mit der globalen Gesellschaft, geht über die Staaten hinaus und versucht, die Zivilgesellschaft in die Debatte einzubeziehen, damit diese selbst Druck auf die Länder ausübt.

Was schlägt die brasilianische Präsidentschaft konkret vor? Erstens, zusätzlich zu den Verhandlungen der UNFCCC (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen), die nächsten Monat in Deutschland beginnen, und dem Gipfeltreffen der Führungskräfte der Klimaschutzagenda, initiiert die brasilianische Präsidentschaft eine „Globale Solidaritätsaktion“ (Mutirão Global). In diesem Rahmen wird die Gesellschaft aufgefordert, „Selbstbestimmte Beiträge“ (Contribuições Autodeterminadas) vorzulegen – als Antwort auf das Ausbleiben der neuen NDCs der Staaten. Eine große gesellschaftliche Mobilisierung soll stattfinden, bei der Unternehmensgruppen, indigene Völker, Gewerkschaften und andere ihre eigenen Beiträge präsentieren.

Eine weitere Initiative Brasiliens ist die Bildung von Führungskreisen (Círculos de Lideranças). Der erste Kreis besteht aus den COP-Präsidenten seit Paris, geleitet vom Vorsitzenden der

COP21, die das Pariser Abkommen geschlossen hat. Diese Initiative wird vom Außenministerium begleitet. Brasilien hat diese Strategie bereits mit der sogenannten Troika verfolgt, um die COP-Präsidenten von Dubai, Baku und Brasilien zu vernetzen. Diese Gruppe berät die brasilianische COP-Präsidentschaft während der Verhandlungen. Es gibt außerdem den „Kreis der Völker“, koordiniert vom Ministerium der Indigenen Völker und Sonia Guajajara, der verschiedene Bewegungen und traditionelle Bevölkerungen zusammenbringt. Einen weiteren Kreis bilden die Finanzminister, da deren Rolle im Klimadiskurs zunehmend wichtiger wird – darüber werde ich gleich sprechen. Zudem wird es einen globalen ethischen Zyklus geben, koordiniert vom Umweltministerium mit Teilnahme von Präsident Lula und dem UN-Generalsekretär, um Intellektuelle, Religionsvertreter und andere zu versammeln. Es handelt sich also um einen umfassenden Schulterchluss.

Diese Initiativen wurden auch durch die Forderungen der indigenen Bewegung beeinflusst, die das brasilianische Regierungssystem für ihre NDCs kritisiert und eine Ko-Präsidentschaft bei der COP verlangt. Die Zivilgesellschaft übt also Druck auf die brasilianische Präsidentschaft aus. Die Generaldirektion des Präsidentenamts hat in ihrem Rat für gesellschaftliche Beteiligung zudem eine Arbeitsgruppe (GTT) eingerichtet, um die Zivilgesellschaftsbeteiligung bei der COP zu diskutieren – denn die COP ist kein inklusiver Prozess, sondern ein sehr ausschließender, mit großer Beteiligungshürde.

Eine Vor-COP in Brasilien ist für Oktober geplant.

Die wichtigsten brasilianischen Ziele bei der COP30 konzentrieren sich stark auf die Klimafinanzierung. Dazu gehört auf der einen Seite das „Tropical Forest For Ever“ (TFFF), ein neuer Fonds für tropische Wälder, der Teil des Programms für ökologische Übergänge ist und eine Allianz von Waldländern ins Leben ruft, die bis zu Dubai zurückreicht. Außerdem wird eine Reform des internationalen Finanzsystems gefordert. Die COP kann nicht losgelöst von anderen Prozessen wie G20 und BRICS betrachtet werden. Hier müssen diese Entwicklungen besser aufeinander abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang gewinnt das Finanzministerium eine bedeutende politische Rolle, neben Außenministerium, Umweltministerium und dem Wissenschafts- und Technologieministerium.

Die Achillesferse ist das Erdöl, insbesondere die Förderung vor der Mündung des Amazonas, die direkte Auswirkungen auf die Küsten der Bundesstaaten Pará und Amapá haben wird.

Zur Sicht der Zivilgesellschaft bei den COP-Verhandlungen: Es kann nicht gesagt werden, dass sich die Verhandlungen nicht weiterentwickelt hätten. Aber sie führten nicht zu wirklichen Lösungen, die zu einer Emissionsminderung führen. Denn die bisher vorgeschlagenen Lösungen sind oft falsche Lösungen – sei es die angebliche Energiewende, der Emissionshandel oder Finanzierungsmodelle. Diese Lösungen haben große Auswirkungen auf die Territorien und sind vor allem darauf ausgelegt, den Konsum im globalen Norden aufrechtzuerhalten.

Ein großer Mangel in den Verhandlungen ist, dass die strukturellen Probleme unseres dominanten Wirtschaftssystems nicht adressiert werden. Ohne die Berücksichtigung der sozialen Ungleichheiten ist es sehr schwer, Lösungen für Klimawandel und Entwicklung zu finden. Aus Sicht der Umwelt- und Klimagerechtigkeit sind Umweltprobleme und soziale Ungleichheiten zwei Seiten derselben Medaille. Ohne das eine anzugehen, kann das andere

nicht gelöst werden. Bislang haben weder die COPs noch G20 oder BRICS darauf eine Antwort gegeben.

Deshalb ist die Beteiligung und das Engagement der Zivilgesellschaft wichtig – aber um echten strukturellen Wandel zu fordern. Wenn wir über die Ambitionen der Länder zur Emissionsminderung sprechen, müssen wir fragen: Für wen? Wozu? Und wie? Die gesteigerten Ambitionen sollten auf realen Lösungen vor Ort beruhen. Deshalb ist die Idee der Führungskreise auch gut – denn Lösungen müssen auf dem Schutz von Landrechten basieren, einer wirklich gerechten Energiewende, die nicht nur Erdöl, sondern auch Bergbau reduziert, wirtschaftliche Dezentralisierung, produktive Diversifizierung, die Transformation des Ernährungssystems hin zu Agrarökologie und eine Demokratisierung der Klimafinanzierung umfassen.

Wir beobachten deutlich, wie die Klimafinanzierungsdebatte die internationale Zusammenarbeit prägt. Viele wichtige Themen bleiben aber außen vor, etwa Frauenrechte und Menschenrechte. Ich mache mir Sorgen, dass all dies im Jahr einer wichtigen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung kaum thematisiert wird.

Blick in die Zukunft: Es reicht nicht, nur eine neue Führung zu haben. Wenn wir keine tiefgreifenden Veränderungen im brasilianischen Kongress erreichen, werden auch keine tiefgreifenden Veränderungen möglich sein. In diesem Kongress, mit dem heutigen System der Haushaltsanpassungen, das öffentliche Finanzierung schmälert, verfügen viele Abgeordnete und Senatoren über mehr Ressourcen als manche Ministerialämter, insbesondere solche, die sich für traditionelle Völker und populäre Anliegen einsetzen.

Zur globalen Governance, die wir diskutieren müssen: Das gilt auch für die Klimapolitik. Wir müssen die Rolle großer Konzerne als politische Akteure anerkennen, nicht nur als wirtschaftliche. Sie beeinflussen Machtverhältnisse und beschränken staatliche Politiken – das wird oft übersehen, wenn nur Staaten genannt werden.

Abschließend: Es ist wichtig, die Klimadebatte stärker in die internationalen Beziehungen und die Geopolitik einzubinden, denn die COPs haben einen wichtigen Einfluss auf die Veränderung des internationalen Finanzsystems – dieser Einfluss muss besser verstanden werden.

FAZIT

Die heutige Debatte hat gezeigt, dass die internationale Rolle Brasiliens alles andere als linear verläuft: Sie ist geprägt von Widersprüchen, Spannungen und Möglichkeiten. In einer zunehmend polarisierten Welt kann Brasilien entweder nur reaktiv agieren – oder sich als aktiver Gestalter globaler, gerechterer und nachhaltigerer Alternativen positionieren.

Die Debatte hat die Widersprüche und Potenziale der aktuellen brasilianischen Außenpolitik deutlich gemacht. Zwischen dem Wunsch nach internationaler Führungsrolle, den Erwartungen an die COP30 und den inneren Blockaden befindet sich Brasilien in einem sich schnell wandelnden globalen Umfeld, das sowohl Kohärenz als auch strategischen Mut erfordert.

Die Beiträge von Andreas Behn, James Green, Mônica Valente und Letícia Tura zeigten, dass Außenpolitik über die Diplomatie hinausgeht: Sie spiegelt tiefgreifende gesellschaftliche Auseinandersetzungen über Gerechtigkeit, Souveränität und internationale Zusammenarbeit wider.

Die zukünftige globale Rolle Brasiliens wird nicht nur von der Regierung abhängen, sondern auch von der Fähigkeit der Zivilgesellschaft, aktiv mitzuwirken, auf Kohärenz zu drängen und eine echte Transformationsagenda zu vertreten, die auf den Interessen der Völker des Globalen Südens fußt.

WEITERFÜHRENDER ARTIKEL

Die Welt hat keine Wahl. Ein Gastbeitrag von Luiz Inácio Lula da Silva, 10.07.2025

<https://www.spiegel.de/ausland/lula-da-silva-die-welt-hat-keine-wahl-gastbeitrag-des-brasilianischen-praesidenten-a-27f57e05-2d44-4fcb-a77c-70140aa3bd03>